

Fragen

für die Fragestunde der 165. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. Juni 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	51	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	9, 81
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	68, 69	Jung, Christian, Dr. (FDP)	19, 65
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	57, 79	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	53, 54
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7, 8
Brandner, Stephan (AfD)	3, 4	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	55, 76	Konrad, Carina (FDP)	31, 77
Dörner, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	17, 64
Faber, Marcus, Dr. (FDP)	21, 22	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Lay, Caren (DIE LINKE.)	58, 59
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Lenkert, Ralph (DIE LINKE.)	18
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	56, 82	Luksic, Oliver (FDP)	12, 13
Herbst, Torsten (FDP)	1, 2	Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	72, 73
Herdt, Waldemar (AfD)	50	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	62, 63
Hocker, Gero Clemens, Dr. (FDP)	28, 29	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	60, 61
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	5, 6	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 48
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	46, 47
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	34, 52	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	70, 71	Skudelny, Judith (FDP)	30
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 38	Strasser, Benjamin (FDP)	43, 44
Schreiber, Eva-Maria (DIE LINKE.)	35	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	36, 37
Seitz, Thomas (AfD)	39, 40	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	74, 75

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	23

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

In welchen Landkreisen und kreisfreien Städten des Freistaates Sachsen war es nach Kenntnis der Bundesregierung zum Stichtag 1. Juni 2020 möglich, Kraftfahrzeuge online zuzulassen, und wie viele Onlineneuzulassungen von Kraftfahrzeugen wurden in den zehn Landkreisen und drei kreisfreien Städten des Freistaates Sachsen zum 1. Juni 2020 insgesamt jeweils verzeichnet (bitte pro Landkreis bzw. kreisfreier Stadt einzeln angeben)?
2. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Welchen Anteil aller erbrachten Personenkilometer haben die IC-Züge der Deutschen Bahn AG seit Inbetriebnahme der neuen Fernverkehrslinie Dresden–Berlin–Rostock ab Mitte Dezember 2019 nach Kenntnis der Bundesregierung mit vollständig funktionsfähigem WLAN-Angebot für alle Fahrgäste erbracht (bitte nach Monaten aufschlüsseln und in absoluten und relativen Zahlen angeben), und bis wann sollen alle Personenkilometer auf der Fernverkehrslinie Dresden–Berlin–Rostock nach Kenntnis der Bundesregierung mit vollständig funktionsfähigem WLAN-Angebot erbracht werden (www.deutschebahn.com/pr-1-eipzig-de/aktuell/presseinformationen/Der-IC-zu-r-Ostsee-kommt-Schnell-von-Dresden-nach-Rostock-4610722)?
3. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie viele von den geplanten eine Million Ladesäulen für Elektrofahrzeuge (vgl. www.deutschlandfunk.de/elektromobilitaet-eine-million-ladepunkt-e-geplant.3669.de.html?dram:article_id=462549) wurden bisher verwirklicht, und wie beurteilt die Bundesregierung den Fortschritt der Installation von Ladesäulen für Elektroautos vor dem Hintergrund, dass der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer fordert, es müssten „massenwirksam“ Produkte mit alternativen Antrieben auf die Straße kommen (<https://ecomento.de/2020/06/08/bundesverkehrsminister-scheuer-fordert-mehr-tempo-bei-elektromobilitaet/>)?
4. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit eines Sonn- und Feiertagsfahrverbots für Motorräder, und wie plant sie, mit dem Beschluss des Bundesrates vom 15. Mai 2020 ([www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2020/0101-0200/125-20\(B\).pdf?_blob=publicationFlie&v=1](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksachen/2020/0101-0200/125-20(B).pdf?_blob=publicationFlie&v=1)) umzugehen?

5. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche alternativen Maßnahmen zu einem vom Bundesrat vorgeschlagenen Fahrverbot für Motorradfahrer prüft die Bundesregierung derzeit (www.zeit.de/mobilitaet/2020-05/motorrad-laerm-emission-bundesrat-grenzwert-bundesregierung), und plant die Bundesregierung eine Anpassung der Bußgelder für Manipulationen an den Auspuffanlagen von Motorrädern, die eine Hauptursache für die Lärmbelästigung durch Motorradfahrer darstellen?
6. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den auftretenden Leckagen von Gefahrguttransporten auf der Schiene, zu denen es u. a. in den Kleinstbahnhöfen Efringen-Kirchen und Rheinweiler vermehrt kommt (www.verlagshaus-jaumann.de/inhalt.weil-am-rhein-gefahr Guteinsat-z-feuerwehr-loest-am-weiler-bahnhof-brandgefahrliche-situation.4249fa6c-9dd9-43ee-a2a9-8a27f6856378.html), und aus welchen Gründen wird die Bevölkerung direkt angrenzender Wohngebiete weiterhin nicht effektiv vor dem Austritt der Gefahrstoffe geschützt?
7. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Tagessätze vereinbarte die Bundesregierung bei von ihr im Zusammenhang mit der Errichtung der Autobahn GmbH und der entsprechenden Reform der Auftragsverwaltung abgeschlossenen Verträgen für externe Beratungs- und/oder Unterstützungsleistungen (bitte für die Stufen Praktikantinnen und Praktikanten, Juniorberaterinnen und Juniorberater, Beraterinnen und Berater, Seniorberaterinnen und Seniorberater, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer bzw. Inhaberinnen und Inhaber differenziert eine Bandbreite von in verschiedenen Verträgen vertraglich vereinbarten Tagessätzen in Euro angeben und darauf verzichten, die Tagessätze einzelnen geschlossenen Verträgen zuzuordnen)?
8. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen ÖPP-Projekten des Bundes im Bereich Straßenbau war die Europäische Investitionsbank (EIB) seit 2007 in welchem finanziellen Umfang beteiligt (bitte für jedes einzelne ÖPP-Projekt die finanzielle Beteiligung der EIB differenziert darstellen)?
9. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Inwieweit kann das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den Vorwurf von humanitären Seenotrettungsorganisationen entkräften (vgl. <https://mare-liberum.org/2020/06/09/verkehrsministerium-verhindert-einsatz-fuer-gefluechtete/> und <https://mare-liberum.org/sc-hiffsicherheitsverordnung/>), mit der 19. Schiffsicherheitsanpassungsverordnung vom 3. März

2020 würden derart strenge Sicherheitsanforderungen erhoben, dass sie von den Seenotrettungsorganisationen praktisch nicht erfüllt werden könnten, mit dem Ziel, die Seenotrettung von Geflüchteten zu behindern (Hanno Bruchmann von Mare Liberum: „Anscheinend sieht Andreas Scheuer lieber Menschen im Mittelmeer ertrinken, als dass sie Europa lebend erreichen“), obwohl es bei hunderten Rettungsmissionen mit vielen tausenden Geretteten keinen einzigen Unfall gegeben habe (bitte ausführen), und inwieweit ist diese Änderung abgestimmt worden mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (bitte, soweit möglich, konkret mit Datum etwaiger Gespräche, Absprachen, Vereinbarungen usw. auflisten und insbesondere kenntlich machen, von wem die Initiative ausging)?

10. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie wird die Bundesregierung den aus meiner Sicht bestehenden förderpolitischen Widerspruch auflösen, dass sie sich gemäß des Konjunkturpakets vom 3. Juni 2020 bei der EU-Kommission für ein Lkw-Flottenerneuerungsprogramm einsetzen wird, in dem Anschaffungszuwendungen für neue Lkw von bis zu 15 000 Euro vorgesehen sein sollen, wohingegen das bereits bestehende bundeseigene Programm „Energieeffiziente und/oder CO₂-arme schwere Nutzfahrzeuge“ bei der Anschaffung neuer Erdgas-Lkw lediglich Anschaffungszuwendungen von 12 000 Euro vorsieht, und für welche Vorschriften zum Umgang mit den über ein mögliches EU-Programm anfallenden Altfahrzeugen (z. B. hinsichtlich verpflichtender Verschrottung, Möglichkeit des Exports etc.) wird sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bei der EU-Kommission einsetzen?

11. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch war die durchschnittliche elektrische Reichweite aller neu zugelassenen Plug-in-Hybrid-Pkw in den letzten zehn Jahren, für die Daten zur Verfügung stehen, jeweils, und welches Ergebnis hat die Prüfung der Frage, „ob und wie die Voraussetzungen für von außen aufladbare Hybridelektrofahrzeuge im Elektromobilitätsgesetz angepasst werden“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 19/11454), die vor rund einem Jahr noch nicht abgeschlossen war?

12. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Welche konkreten Maßnahmen zum Einsatz von Wasserstoff im Verkehrssektor will die Bundesregierung noch in diesem Jahr umsetzen, und hat sich die Bundesregierung einen Zielwert für die

Zahl der wasserstoffbetriebenen Fahrzeuge in Deutschland ähnlich denen für E-Fahrzeuge gesetzt?

13. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Welche Schlüsse hat die Bundesregierung in den Monaten seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Infrastrukturabgabe vom 18. Juni 2019 aus ihrem Vorgehen bezüglich der Infrastrukturabgabe gezogen, und bis wann rechnet sie mit einem Abschluss aller resultierenden Rechtsstreitigkeiten rund um die Infrastrukturabgabe?
14. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche rechtlichen Nachsteuerungsnotwendigkeiten bestehen aus Sicht der Bundesregierung ein Jahr nach dem Inkrafttreten der „Verordnung über die Teilnahme von Elektrokleinstfahrzeugen mit Lenk-/Haltestange im Straßenverkehr“ (insbesondere hinsichtlich Lebensdauer der E-Scooter [Ökobilanz], Verkehrsunfällen mit E-Scooter-Beteiligung, Arbeitsbedingungen der sog. Juicer), und wie ist der Zeitplan für die von der Bundesregierung damals angekündigte Verordnung zu Elektrokleinstfahrzeugen ohne Haltestange?
15. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Verfolgt die Bundesregierung bei der Ausgestaltung des am 3. Juni 2020 vom Koalitionsausschuss beschlossenen Konjunkturpaketes Pläne, um Car- und Ridesharingprojekte voranzubringen und als Teil nicht nur der industriellen Wertschöpfung, sondern auch des Dienstleistungssektors mit hohem Arbeitsplatzpotenzial zu entwickeln, und wenn ja, wie plant die Bundesregierung sicherzustellen, dass Verkehrsunternehmen, die staatliche Unterstützung aus dem Konjunkturpaket bekommen, in Sharingprojekte investieren?
16. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele Straßenbauprojekte, die im Fernstraßenausbaugesetz im „Vordringlichen Bedarf“ oder „Weiteren Bedarf“ enthalten sind, haben mindestens schon eine Baufreigabe erhalten, und wie viele Schienenprojekte aus dem Bundesschienenwegeausbaugesetz befinden sich bereits im Bau?
17. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)

Welchen gesamtgesellschaftlichen Nutzen sieht die Bundesregierung in den sieben durch das Bundesverkehrsministerium eingerichteten „Stiftungsprofessuren Radverkehr“, und welche berufliche Verwendung wird für die Absolventen der Masterstudiengänge prognostiziert (www.forschung-und-lehre.de/politik/verkehrsminister-vergibt-fahrrad-professuren-2518/)?

18. Abgeordneter
Ralph Lenkert
(DIE LINKE.)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Entscheidung zur Ansiedlung des ‚neuen Mobilitätszentrums in München‘ im Hinblick auf den Beschluss des Deutschen Bundestages vom Juni 1992, den Beschlüssen der Föderalismuskommission, deren Fortbestehen die Bundesregierung auf ihrer Internetpräsenz auch heute noch ausdrücklich betont, zu folgen und neue Bundeseinrichtungen (inklusive außeruniversitären Forschungseinrichtungen) vorrangig im Osten Deutschlands anzusiedeln?
19. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Wie begründet die Bundesregierung die Erhöhung der Gebühren im Rahmen der Änderungen der Straßenverkehrsordnung in § 29 in Artikel 2, und sieht sie die Gefahr, dass die dort vorgegebenen Berechnungen auf Basis des neuen Kriterienkatalogs statt zu mehr Transparenz zu mehr Verunsicherung für die Antragsteller führen würden, aufgrund des Aufbaus der Berechnung (vgl. Bundesratsdrucksache 591/19 „Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“; abrufbar unter: www.bundesrat.de/SharedDocs/drucksache_n/2019/0501-0600/591-19.pdf?_blob=publicationFile&v=1)?
20. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche „nächsten Schritte für den Abschluss eines Ressortabkommens beider Länder“ müssen in weiteren Konsultationen vereinbart werden, bevor das BMVI einen Planungsauftrag für die Metropolenbahn München/Nürnberg–Schwandorf–Regensburg–Furth i. W.–Prag an die DB AG vergeben kann (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 19/19887), und welche Kenntnis hat die Bundesregierung über das Potenzial für den Schienengüterverkehr auf dieser Strecke, wenn die Metropolenbahn wie geplant gebaut wird?
21. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wie viele Brücken an Bundesfernstraßen in Sachsen-Anhalt weisen an einen nach der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) „ausreichenden“, „nicht ausreichenden“ oder „ungenügenden“ Zustand auf, und in welchen Intervallen werden diese Brücken in Sachsen-Anhalt überprüft?
22. Abgeordneter
Dr. Marcus Faber
(FDP)
- Wird für die Erhaltungsplanung der Brücken an Bundesfernstraßen in Sachsen-Anhalt eine softwaregestützte Datenbank genutzt, und wie viele Reparaturen oder Verkehrsbeschränkungen sind aktuell in Sachsen-Anhalt für diese Brücken angeordnet (bitte nach Zustand aufschlüsseln)?

23. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Befürwortet die Bundesregierung die Aufnahme der Errichtung einer S-Bahn-Verbindung Bedburg–Jülich–Aachen und die gleichzeitige Streichung des vierspurigen Ausbaus der B 56 zwischen Düren und Jülich in das Strukturstärkungsgesetz, und, falls nein, warum nicht?
24. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, analog zur Kaufprämie für Elektroautos, eine eigene Kaufprämie für E-Lastenräder, die sich nicht wie die bestehende Förderung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit ausschließlich auf sehr begrenzte gewerbliche Nutzungen beschränkt, und wird die Bundesregierung erfolgreiche regionale Lastenradförderprogramme, die zum Teil binnen eines Tages erschöpft sind (www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/2067221/lastenradfoerderung-in-osnabrueck-schon-am-ersten-tag-ein-erfolg), finanziell aufstocken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

25. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung bei der Gefährdungseinschätzung von Atommüllfässern und radioaktiven Einleitungen in die Nordsee für deutsche Küstengebiete, und zu welchen Ergebnissen kamen die jüngsten von deutschen Behörden durchgeführten Messungen auf radioaktiver Strahlung in Küstennähe?
26. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass für die Wolke aus radioaktivem Ruthenium-106, die Ende 2017 über Europa zog, eine Freisetzung in einem anderen osteuropäischen Land als Russland sehr unwahrscheinlich ist (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/1645), und kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Russische Föderation vom 13. Januar 1992 als auch für Deutschland und die Russische Föderation fortgeltend erklärten Abkommens des zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die frühzeitige Benachrichtigung bei einem nuklearen Unfall und den Informationsaustausch über Kernanlagen (vgl. www.base.bund.de/SharedDocs/Downloads/BASE/DE/rsh/rsh/1D-Bilaterale-Abkommen-0214.pdf;jsessionid=C11D5021B952F06D594AFB8B0F15A6.2_cid382?_blob=publicati)

onFile&V=5), Deutschland über eine solche Freisetzung radioaktiver Stoffe unverzüglich zu benachrichtigen hat?

27. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Schließt die Bundesregierung nach der Veröffentlichung der Studie der Leibniz Universität Hannover und der Westfälischen Wilhelms-Universität zum Ruthenium-Atomunfall im September 2017 (vgl. www.nature.com/articles/s41467-020-16316-3) – die auf die Aufarbeitung von abgebrannten Brennelementen russischer Druckwasserreaktoren des Typs WWER mit dem Ziel der Gewinnung von ¹⁴⁴CE hindeutet – die Freisetzung einer Ruthenium-Wolke im Rahmen der Aufarbeitung mit dem Ziel der Gewinnung von isoliertem Ruthenium jetzt aus (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 19/1645), und könnten weitere Freisetzungsorte in diesem Zusammenhang als die Wiederaufarbeitungsanlage im Atomkomplex Majak in Frage kommen (bitte unter Angabe der betroffenen Anlagen – vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Kerntec hnische_Anlage_Majak und Antwort der Bundesregierung zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/1645)?
28. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Hat die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, die den Zustand der Natur „vor allem in der Agrarlandschaft“ als „besorgniserregend schlecht“ bezeichnet hat (www.bmu.de/pressemitteilung/9047/), in den vergangenen Tagen mit den Landwirten gesprochen, die unter anderem aufgrund dieser Äußerung der Bundesministerin seit Ende Mai dieses Jahres eine Mahnwache vor der SPD-Geschäftsstelle in Münster abhalten, bzw. wird sie zeitnah mit den Landwirten sprechen (www.wn.de/Muenter/4211957-Landwirte-Mahnwache-vor-der-SPD-Geschaeftsstelle-Wir-bleiben-bis-Svenja-Schulze-kommt)?
29. Abgeordneter
Dr. Gero Clemens Hocker
(FDP)
- Hat die Bundesumweltministerin Verständnis für den Standpunkt der Landwirte, die sich durch die Äußerung, „vor allem in der Agrarlandschaft“ sei der Zustand der Natur „besorgniserregend schlecht“, einseitig die Schuld zugeschoben sehen, und will die Bundesministerin die Expertise der Landwirte, die täglich in und mit der Natur arbeiten, künftig stärker berücksichtigen, und, wenn ja, wie?
30. Abgeordnete
Judith Skudelny
(FDP)
- Warum findet die Kreislaufwirtschaft keine Erwähnung im aktuellen Konjunkturpaket „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern“, Zukunftsfähigkeit stärken der Bundesregierung?

31. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Wann plant die Bundesregierung, die Ergebnisse zum Insekten-Monitoring in schriftlicher Form zu veröffentlichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

32. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welchen Erkenntnissen bzw. Erhebungen beruht die Annahme, dass die von der Bundesregierung vorgesehenen 100 Mio. Euro für Nothilfefonds der Studierendenwerke vor Ort ausreichend sind, und arbeitet die Bundesregierung aktuell daran, den Notfallfonds aufzustocken bzw. zeitlich zu verlängern (siehe www.bmbf.de/corona-krise-achtsamkeit-ja-alarmismus-nein-11069.html, Unterüberschrift „Wir stärken den Studierenden den Rücken“)?
33. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche einzelnen Nachweise müssen die Studierenden nach Kenntnis der Bundesregierung in den einzelnen Ländern erbringen, um für pandemiebedingte Ausbildungsverzögerungen verlängerte BAföG-Förderung zu erhalten (siehe www.bafög.de/informationen-fuer-bafog-gefoerderte-757.php, Punkt 3 „pandemiebedingte Ausbildungsverzögerungen“), und bis wann setzt das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eine bundeseinheitliche Regelung zur Verlängerung der Regelstudienzeit für den BAföG-Bezug in Kraft?
34. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welchen Zeitraum hält die Bundesregierung derzeit für die Entwicklung eines sicheren und effektiven COVID-19-Impfstoffes für realistisch, und durch welche Maßnahmen stellt sie sicher, dass Patentregelungen nicht verhindern, einen solchen Impfstoff allen Menschen zur Verfügung zu stellen, die ihn in Anspruch nehmen wollen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

35. Abgeordnete
**Eva-Maria
Schreiber**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Schritte plant das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung umzusetzen, um ein Exportverbot für Pflanzenschutzmittel, die in der EU aus Umwelt- und Gesundheitsgründen verboten oder nicht mehr zugelassen sind, voranzubringen und damit die vom Bundesminister Dr. Gerd Müller in der Regierungsbefragung am 27. Mai 2020 (Plenarprotokoll 19/162) signalisierte Unterstützung auf meine Frage und Nachfrage bezüglich eines solchen Verbots zu konkretisieren, und was war Inhalt des Gesprächs des Bundesministers Dr. Gerd Müller mit den Vertreterinnen und Vertretern von BASF am 27. Mai 2020?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Finanzen**

36. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen möchte die Bundesregierung den steuerlichen Entlastungsbetrag von Alleinerziehenden lediglich befristet auf zwei Jahre von derzeit 1.908 Euro auf 4.000 Euro anheben (vgl. www.br.de/nachrichten/wirtschaft/corona-kojnunkturpaket-wer-profitiert-vom-familienbonus.S0vXaZr)?
37. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welche weiteren Maßnahmen neben dem Kinderbonus plant die Bundesregierung, um insbesondere Alleinerziehende, die aufgrund eines zu geringen Einkommens nicht vom steuerlichen Entlastungsbetrag profitieren, langfristig zu entlasten und zu unterstützen?
38. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Steht angesichts der veränderten Rechts- und Sachlage durch das am Oberlandesgericht Dresden zur rechtskonformen Berechnung von Zinsen aus Prämiensparverträgen ergangene Urteil (22. April 2020, Az. 5 MK 1/19) ein Abschluss der aufsichtlichen Prüfung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) bevor (wie zuletzt in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 14 auf Bundestagsdrucksache 19/18555 angekündigt), und welche Maßnahmen und Schritte hat die BaFin im

Rahmen ihres Mandats zum Schutz kollektiver Verbraucherinteressen bereits eingeleitet bzw. welche plant sie umzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern,
für Bau und Heimat**

39. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD) Wie viele Beschwerden über rassistische Vorkommnisse bei der Bundespolizei sind seit 2015 jeweils jährlich aktenkundig geworden (für 2020 bitte die Fallzahl für das erste Quartal angeben), und wie viele dieser Beschwerden haben sich jeweils als berechtigt erwiesen?
40. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD) Welche strafrechtlichen bzw. disziplinarischen Sanktionen wurden für die genannten Zeiträume (siehe Frage 39) verhängt (bitte entsprechende Zahlen bei der Antwort mit angeben), und kann nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund der Anzahl der berechtigten Beschwerden bzw. der Schwere der diesen zugrunde liegenden Vorkommnisse auf einen „latenten Rassismus“ der Beamten und Beamtinnen der Bundespolizei geschlossen werden?
41. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Versteht die Bundesregierung die kürzlichen Ankündigungen der Bundeskanzlerin („Rassismus ist etwas ganz ganz Schreckliches. Es hat ihn zu allen Zeiten gegeben ..., leider auch bei uns, und jetzt kehren wir mal vor der eigenen Haustür“: im ZDF „Was nun, Frau Merkel“ am 4. Juni 2020, Minute 17:10 bis 17:45: www.zdf.de/politik/was-nun/was-nun-frau-merkel-114.html) als Kritik an strukturellem Rassismus auch in deutschen Polizei- beziehungsweise Sicherheitsbehörden, und wird die Bundesregierung entgegen ihrem bisherigen Widerstand (www.handelsblatt.com/politik/d-etuschland/bundestagsfraktion-gruene-beschliesse-n-gesetzentwurf-fuer-unabhaengigen-polizeibeauftragten/24014420.html?ticket=ST-2584236-hTUrzTIw7gq23hj1Rlee-ap2) nun gemäß dieser „Kehr“-Ankündigung der Bundeskanzlerin einen unabhängigen Polizeibeauftragten gegen Rassismus sowie andere Übergriffe, etwa durch Bundespolizisten, einrichten nebst obligatorischen Namens- beziehungsweise Nummernschildern für diese zwecks Identifizierbarkeit?

42. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft ein Bericht der Immobilien Zeitung (Nr. 23/2020 vom 4. Juni 2020, Seite 3) zu, dass der seit langem angekündigte und wiederholt verschobene Gesetzentwurf für ein Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in allen Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten zwischen dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat geeinigt im Kabinett vorliegt, und ist noch vor der parlamentarischen Sommerpause damit zu rechnen, dass der Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingebracht wird?
43. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Wie verteilen sich die mit Stand zum 17. Juni 2020 als Gefährder im Phänomenbereich Rechtsextremismus eingestuften Personen auf die Bundesländer (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern)?
44. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Wie viele der mit Stand zum 17. Juni 2020 als Gefährder im Phänomenbereich Rechtsextremismus eingestuften Personen sind derzeit in Haft (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern)?
45. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung zum erneuten Aufenthalt des iranischen Richters G. M. in Deutschland, und hat die Bundesregierung seit 2018 ein Einreiseverbot gegenüber G. M. verhängt, um seine Einreise auch nach Artikel 6 Absatz 5a des Schengener Grenzkodexes verweigern zu können, und wenn nein, warum nicht?
46. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche konkreten Maßnahmen zur ferneren Prävention von vergleichbaren Verfassungsverstößen ergreift das Bundesinnenministerium mit Blick auf das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 9. Juni 2020 – Az. 2 BvE 1/19), welches den Bundesinnenminister dafür gerügt hat, in unzulässiger Weise in den politischen Wettbewerb zum Nachteil der AfD unter Verwendung von Ministerienressourcen einzugreifen und so die Partei in ihrem Recht auf Chancengleichheit aus Artikel 21 Absatz 1 Satz 1 GG zu verletzen (vgl. dazu auch JUNGE FREIHEIT vom 9. Juni 2020 – <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2020/afd-siegt-gegen-seehofer/>), zuletzt abgerufen am 10. Juni 2020)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

47. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die friedliche Integration innerhalb der EU im Allgemeinen sowie die erneut erheblichen Haftungszusagen und potenziellen Geldflüsse seitens Deutschlands im Zuge der Corona-Krise im Besonderen vor dem Hintergrund, dass zum wiederholten Male (vgl. dazu nur Le Journal International vom 13. Dezember 2014 – <https://lejournalinternational.fr/The-rising-Germanophobia-in-Europe_a2237.html> und ferner Japan Times vom 10. Februar 2020 – <<https://japantimes.co.jp/opinion/2020/02/10/commentary/world-commentary/post-brex-it-german-question/#.XuCoMWgzZPY>>, beide zuletzt abgerufen am 10. Juni 2020) hervortritt, dass Deutschland bei seinen EU-Partnern oftmals ungelitten ist, konkret in Italien derzeit von etwa der Hälfte der Bevölkerung sehr negativ gesehen wird (siehe hierzu auch auf Tagesschau.de vom 26. April 2020 – <<https://zdf.de/nachrichten/politik/coronavirus-italien-deutschland-mattiolo-100.html>>, zuletzt abgerufen am 10. Juni 2020)?
48. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Auswirkungen eines Öl/Gas Blow Outs inmitten eines Biosphärenreservats in Assam (Indien), und inwieweit beabsichtigt sie, gegenüber der indischen Regierung eine transparente und inklusive Erhebung des entstandenen Schadens und dementsprechend Kompensationsmechanismen zu adressieren (<https://pangsau.com/2020/06/05/the-baghjan-blowout-the-disastrous-oil-spill-in-upper-assam-and-ist-impacts/>)?
49. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Umstände des Todes des burundischen Präsidenten Pierre Nkurunziza, und inwiefern plant die Bundesregierung, seinen Tod zum Anlass zu nehmen, in der Zusammenarbeit mit Burundi die Bedeutung der Aufarbeitung der Verbrechen unter seiner Präsidentschaft zu betonen?
50. Abgeordneter
Waldemar Herdt
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung für das eigene Handeln und die laufenden bilateralen sowie europäischen Konsultationen mit der Regierung Montenegros angesichts der Festnahme des geistlichen Würdenträgers der Serbisch-Orthodoxen Kirche, Bischof Joanikije und acht weiterer Priester in Montenegro und der damit zusammenhängenden landesweiten Proteste, und plant die Bundesregierung, das „Gesetz über die Religions- und Glaubensfreiheit sowie die rechtliche Stellung religiö-

ser Gemeinschaften von Januar 2020“ hinsichtlich seiner politischen Neutralität und der damit zusammenhängenden eigentumsrechtlichen Einschränkungen für die Serbisch-Orthodoxe Kirche unter Berücksichtigung des Aspektes der verfassungsrechtlich garantierten Religionsfreiheit sowie der allgemeinen menschenrechtlichen Grundsätze, die in der montenegrinischen Verfassung und weiteren internationalen Menschenrechtsabkommen verankert sind, gegenüber der Regierung in Montenegro kritisch zu thematisieren?

51. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Inwieweit wird die Bundesregierung die türkische Regierung auffordern, die geheimen Frauengefängnisse, in denen die protürkischen islamistischen Milizen, in der türkischen Besatzungszone in Afrin (Nordsyrien), Jesidinnen misshandeln sollen (vgl.: www.domradio.de/themen/menschenrechte/2020-06-03/menschenverachtende-behandlung-von-frauen-menschenrechtler-islamistische-milizen-misshandeln) aufzulösen und die, nach Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages (vgl.: www.tagesschau.de/inland/tuerkei-wissensch-dienst-101.html), völkerrechtswidrige Besetzung in Nordsyrien zu beenden?

52. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Welche Bedeutung hat die von der israelischen Regierung beabsichtigte Enteignung und Annexion von palästinensischem Land im Jordantal („West Bank Annexation Will Harm Israel’s Relations With German but Berlin Will Oppose Sanctions, Officials Believe“, Haaretz vom 8. Juni 2020) aus Sicht des Bundeskanzleramtes auf das EU-Israel-Assoziierungsabkommen, das damit aus meiner Sicht obsolet wird, und inwiefern plant die Bundesregierung (auch im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft), als Reaktion darauf die Politik der Differenzierung zwischen Israel und den besetzten Siedlungen in Übereinstimmung mit der Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates vollständig umzusetzen, einschließlich der Kennzeichnung von Waren mit Ursprung in den israelischen Siedlungen?

53. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, welche der laut Zeitungsberichten an den Tötungen von Angehörigen der ethnischen Gruppe der Peulh am 5. und 6. Juni 2020 beteiligten maliischen Einheiten durch Deutschland ausgebildet wurden (5. Juni Tötung von 29 Menschen in dem Dorf Binedama in der Region Mopti, 6. Juni Tötung von neun Menschen in Massabougou in der Region Segou, s. www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-06/mali/massaker-armee-peulh-tabit)

al-pulaakum, www.tagesspiegel.de/politik/protest-e-in-der-hauptstadt-und-ueberfaelle-durch-das-mil-itaer-mali-in-aufruhr/25895214.html), und welche Konsequenzen wird sie aus diesen Angriffen für die deutsche Ausbildung der malischen Armee ziehen?

54. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Reaktionen gab es vonseiten der Bundesregierung gegenüber der brasilianischen Regierung bezüglich der anhaltenden Umweltzerstörung im Amazonasgebiet (wie die erneute massive Brandrodung, insbesondere auch in indigenen Gebieten – einhergehend mit der Bedrohung isoliert lebender indigener Gruppen durch die Einschleppung des Coronavirus, bei gleichzeitigen Bestrebungen, weitere Umweltgesetzgebungen zu deregulieren) (www.tagesschau.de/ausland/brasilien-coronavirus-amazonas-101.html, www.fr.de/meinung/brasilien-beistehen-wenn-bolsonaro-weitermacht-sind-auch-bedroht-13793038.html), und welche Konsequenzen erwägt die Bundesregierung hinsichtlich der Kooperation mit Brasilien aufgrund dieser anhaltenden Unvereinbarkeit mit den Bekenntnissen der brasilianischen Regierung hinsichtlich Wald-, Umwelt- und Klimaschutz sowie des verfassungsrechtlich garantierten Schutzes indigener Territorien?

55. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass im Rahmen der durch die Europäische Union geführten militärischen Krisenbewältigungsoperation im Mittelmeer EUNAVFOR MED IRINI Schiffe auf dem Weg nach oder aus Libyen nicht durchsucht (betreten) werden dürfen, wenn ein Flaggenstaat, entgegen der Aufforderung des VN-Sicherheitsrates (SR) bei Überprüfungen gemäß VNSR-Resolution 2292 (2016) zu kooperieren, widerspricht, sodass betreffende Schiffe lediglich überwacht werden können (beispielsweise aus der Luft und mit Satelliten), um einen möglichen Verstoß gegen das Waffenembargo zu dokumentieren – es sei denn, der Staat, der die Überprüfung durchführen will, hat sich redlich um die Zustimmung des Flaggenstaates des betreffenden Schiffes bemüht, aber keine Antwort des Flaggenstaates innerhalb einer bestimmten Zeit erhalten (Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz Ausschussdrucksache 19(6)145), und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) hat die Bundesregierung über Aktivitäten der türkischen Kriegsmarine zur Verhinderung von Embargo-Kontrollen im Mittelmeer vor dem Hintergrund, dass drei türkische Kriegsschiffe am 10. Juni 2020 im Mittelmeer die Kontrolle eines unter der Flagge Tansanias fahrenden Frachters verhinderten, indem diese per Funk deutlich machten, dass das in Richtung Libyen fahrende

Schiff unter ihrem Schutz stehe, sodass in der Folge der Kommandeur der EU-Operation IRINI seinen Befehl zur Kontrolle des Frachters zurückgenommen hat (dpa vom 10. Juni 2020)?

56. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Ausgestaltung des „IRINI-Mandates“ nach der Bestätigung des Auswärtigen Dienstes der EU, der zufolge es bei dem EU-Einsatz zur „Überwachung des Waffenembargos gegen Libyen“ zu einem Zwischenfall gekommen ist, bei dem griechischen Einsatzkräften die Kontrolle eines nach Libyen fahrenden Frachtschiffes verweigert wurde, und welche Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) liegen der Bundesregierung über den genannten Zwischenfall und die Beladung des Frachtschiffes vor (vgl. dpa, EU bestätigt Zwischenfall bei Waffenembargo-Einsatz, 11. Juni 2020)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

57. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Stand der Umsetzung der von der Bundesregierung am 21. Januar 2020 angekündigten Emissionsminderung von 10 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid durch ein Innovationsprojekt im Rahmen der „Checkliste Kohleausstieg“ (siehe www.bmu.de/meldung/checkliste-kohleausstieg/), und schließt die Bundesregierung aus, dass der Vertrag (oder Teile des Vertrages) zwischen der Deutschen Bahn AG und Uniper zum Kohlekraftwerk Datteln IV einsehbar sind, wie etwa in der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages (siehe dazu die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 90 auf Bundestagsdrucksache 19/19651)?

58. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zur Sicherstellung des Erhalts der Bombardier-Standorte bisher unternommen, und welche Fördergelder des Bundes sind in den vergangenen fünf Jahren an Bombardier geflossen?

59. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen zur Unterstützung des Waggonbaus in der Lausitz plant die Bundesregierung im Rahmen der anstehenden Konjunkturpakete sowie im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes Kohleregioenen?

60. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Wann bekommt die Energiewirtschaft die 450 MHz-Frequenzen zur weiteren Digitalisierung der Energiewende zugeordnet (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/20190820-450-mhz-als-chance-fuer-die-energiewende.html)?
61. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die nationale Wasserstoffstrategie mit Wasserstoffinitiativen aus den Bundesländern zu koordinieren (www.bmbf.de/de/nationale-wasserstoffstrategie-9916.html)?
62. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass der Betrieb von Elektrolyseanlagen zur Produktion von grünem Wasserstoff, wie in Maßnahme 1 der Wasserstoffstrategie (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html) beschrieben, netzdienlich erfolgen wird?
63. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, dass die in der Nationalen Wasserstoffstrategie (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/die-nationale-wasserstoffstrategie.html) vorgeschlagene vollständige Befreiung der grünen Wasserstoffproduktion von der EEG-Umlage nicht auch den Verbrauch von Kohle- oder Atomstrom begünstigt, und, falls die Bundesregierung das lediglich durch den Nachweis von Grünstromzertifikaten sichern möchte, wie vermeidet die Bundesregierung Verlagerungseffekte, bei denen der ohnehin produzierte Grünstrom rechnerisch der Wasserstoffproduktion zugerechnet, dadurch aber faktisch die Produktion von Kohlestrom für den übrigen Verbrauch gesteigert wird?
64. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Zieht die Bundesregierung bei ihrer Dekarbonisierungsstrategie zugunsten der „globalen Führungsrolle bei Wasserstofftechnologien“ auch eine erweiterte Energieabhängigkeit in Betracht, und wenn ja, wie stellt die Bundesregierung die Kontrolle über die Wertschöpfungskette sicher (www.bmu.de/pressemitteilung/globale-fuehrungsrolle-bei-wasserstofftechnologien-sichern/)?
65. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Welche Anreize, über die Befreiung der Elektrolyseure von der EEG-Umlage hinaus, plant die Bundesregierung, um die Ziele der Nationalen Wasserstoffstrategie zu erreichen, und wie plant die Bundesregierung, Energieimporte aus dem europäischen und internationalen Ausland zu regeln (Handelsblatt, „Deutschland soll Wasserstoff-Land werden“ vom 10. Juni 2020; abrufbar unter:

www.handelsblatt.com/dpa/wirtschaft-handel-und-finanzen-deutschland-soll-wasserstoff-land-wir-den/25903078.html)?

66. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bei wie vielen der beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gestellten Anträge auf Beratungsförderung für von der Corona-Krise betroffene kleine und mittlere Unternehmen besteht nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell der Verdacht auf missbräuchliche Nutzung der Fördermittel, und wie viele Anträge wurden vor diesem Hintergrund bereits abgelehnt?
67. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beraterinnen und Berater haben beim BAFA seit Bekanntgabe der Ergänzung der Rahmenrichtlinie zur Förderung unternehmerischen Know-hows vom 30. März 2020 Akkreditierungsanträge gestellt, und wie viele dieser Anträge wurden genehmigt?
68. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Maßnahmen wurden bei der Auftaktveranstaltung des Transformationsdialoges Automobilindustrie am 16. Juni 2020 zwischen den beteiligten Akteuren beschlossen (siehe Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 35 auf Bundestagsdrucksache 19/19363)?
69. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Durch welche „geeignete Form“ hat die Bundesregierung die erhobenen Vorwürfe (www.spiegel.de/wirtschaft/peter-altmaier-will-milliarden-entschaedigung-zahlen-praktisch-ohne-gegenleistung-a-00000000-0002-0001-0000-000169122952) gegenüber dem Braunkohlebetreiber LEAG überprüft, und zu welchem Ergebnis kann die externe Prüfung bezüglich des Sachverhalts (siehe Antwort auf meine Schriftliche Frage 55 auf Bundestagsdrucksache 19/17175)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

70. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Welche Verfahren führt die Bundesanwaltschaft im Komplex um den Soldaten F. A. (https://de.wikipedia.org/wiki/Terrorermittlungen_gegen_Bundeswehresoldaten_ab_2017) und gegen wie viele Beschuldigte?

71. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie entwickelte sich die Personalstärke der Sonderkommission „26. September“ des Bayerischen Landeskriminalamtes, die mit den Ermittlungen zum Oktoberfestattentat 1980 im Auftrag der Bundesanwaltschaft betraut ist, seit der Wiederaufnahme der Ermittlungen?
72. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass eine Erweiterung der im Handelsgesetzbuch in § 285 Absatz 7 festgeschriebenen „Sonstigen Pflichtangaben für den Anhang“ des Jahresabschlusses um die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahrs inländisch beschäftigten Arbeitnehmer nach Gruppen (insbesondere nach Geschlechtern) für die davon betroffenen Unternehmen hohe Bürokratiekosten bedeuten würde, und falls ja, auf welcher belastbaren und nachvollziehbaren Grundlage beziffert sie gegebenenfalls diese Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

73. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)
- Ist es aus Sicht der Bundesregierung zutreffend, dass dem Arbeitgeber durch die Bundesagentur für Arbeit (BA) selbst bei einer durch den Arbeitgeber angeordneten Kurzarbeit „0“ kein Kurzarbeitergeld (KUG) für Feiertage, die in den Zeitraum angeordneter Kurzarbeit fallen, erstattet wird, sodass für diese Tage eine Entgeltfortzahlungspflicht seitens des Arbeitgebers ohne Erstattungsanspruch bestehen bleibt, und sieht die Bundesregierung hier, insbesondere mit Blick auf die besonderen coronabedingten Belastungen für Kleinunternehmen mit vollständigem Umsatzausfall gegebenenfalls Änderungsbedarf?
74. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie lange war nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit jeweils in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019 sowie im März, April, Mai 2020 die durchschnittliche Zeitdauer von Antragstellung bis zur Auszahlung von Arbeitslosengeld (SGB III) und Arbeitslosengeld II (SGB II)?
75. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung bundesweit, in Ostdeutschland, in Westdeutschland derzeit durchschnittlich das an Arbeitslose ausgezahlte Arbeitslosengeld (ohne Sozialversicherungsbeiträge), und wie viele Empfänger abso-

lut und prozentual an der Gesamtzahl erhalten bundesweit, in Ostdeutschland sowie in Westdeutschland eine Leistung von unter 1.000 Euro?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

76. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit haben die NATO-Staaten, die sich im Gegensatz zu Belgien, Italien, den Niederlanden und Deutschland nicht an der technischen nuklearen Teilhabe (nichtnukleare NATO-Staaten stellen Stützpunkte, Flugzeuge und Personal und Piloten für den Einsatz von Atomwaffen zur Verfügung) beteiligen, sondern ausschließlich an der politischen nuklearen Teilhabe (Teilnahme von nichtnuklearen NATO-Staaten an der nuklearen Planungsgruppe der NATO, wo Einsatzplanung, Strategie und Stationierung von Atomwaffen diskutiert werden) keine Mitsprache in Nuklearfragen der NATO (dpa vom 15. Mai 2020), und inwieweit haben nach Kenntnis der Bundesregierung NATO-Staaten, die einen vollständigen Abzug von Atomwaffen aus dem Hoheitsgebiet umgesetzt haben (wie Kanada, Griechenland und die Türkei) und somit aus der technischen nuklearen Teilhabe ausgeschieden sind, weniger Möglichkeiten als vorher, über die Teilnahme an Beratungen des Bündnisses über die nukleare Doktrin der NATO Einfluss auf diese zu nehmen (www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomwaffen/20-05-05_tornado-nachfolge_final.pdf, S. 9)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

77. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, arbeitsschutzrelevantes Schulungsmaterial in die Ferkelbetäubungssachkundeverordnung (FerkBetSachkV) aufzunehmen, um Anwender vor zusätzlichen Gesundheitsgefährdungen zu schützen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

78. Abgeordnete
Katja Dörner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird vonseiten der Bundesregierung ein Gesetzentwurf zur im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vorgesehenen Verankerung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter im Achten Buch Sozialgesetzbuch dem Deutschen Bundestag vorgelegt, und bis wann soll das Gesetzgebungsverfahren nach Planung der Bundesregierung abgeschlossen sein?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

79. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Personen haben nach Kenntnis der Bundesregierung im Zeitraum vom 1. April 2020 bis jetzt eine Lohnfortzahlung nach § 56 Absatz 1a des Infektionsschutzgesetzes beantragt und genehmigt bekommen (bitte unter Angabe der Summe, welche dafür bisher ausgegeben wurde)?
80. Abgeordnete
Maria Klein-Schmeink
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über den Stand der gemäß § 120 Absatz 2 Satz 6 SGB V bis zum 20. Juni 2020 abzuschließenden Verhandlungen über eine vorübergehende Anpassung der Vereinbarungen nach § 120 Absatz 2 Satz 2 SGB V über die Vergütung von Leistungen der sozialpädiatrischen Zentren und medizinischen Behandlungszentren aufgrund der besonderen Situation dieser Einrichtungen durch die SARS-CoV-2-Pandemie?
81. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Angaben kann die Bundesregierung dazu machen, inwiefern sich die in Deutschland geplante Corona-Tracing-App von ähnlichen Apps, die in anderen europäischen Staaten entwickelt werden oder bereits im Einsatz sind, unterscheidet, insbesondere hinsichtlich Funktionsweise und Datenschutzregelungen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus den bisherigen praktischen Erfahrungen der in anderen europäischen Staaten bereits im Einsatz befindlichen Corona-Tracing-Apps?
82. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Trifft der Bericht der South China Morning Post vom 21. März 2020 zu, wonach die Bundesregierung das Hilfsangebot zur Lieferung von Schutz-

ausrüstungen im Rahmen der Corona-Pandemie der chinesischen Regierung nicht angenommen hatte, und wenn ja, warum wurde das Angebot nicht angenommen, obwohl zu dieser Zeit ein starker Mangel an Schutzausrüstung in Deutschland herrschte (www.scmp.com/week-asia/people/article/3086768/you-chinese-virus-spreader-after-coronavirus-australia-has-anti)?